DEUTSCHE KRANKENHAUS GESELLSCHAFT
Bundesverband der Krankenhausträger in der Bundesrepublik Deutschland

AWO

BKG Bayerische Krankenhausgesellschaft e.V.

BDPK Bundesverband Deutscher Privatkliniken e.V.

Berliner Krankenhausgesellschaft

BWKG Krankenhaus Reha Pflege

DEKV Diakonie

DEUTSCHER LANDKREISTAG

Deutscher Städtetag

DStGB Deutscher Städte- und Gemeindebund

HKG Hamburgische Krankenhausgesellschaft

Hessische Krankenhausgesellschaft e.V. HKG

KGNW Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen e.V.

KGMV

KG SAN

KGSH Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein e.V.

kkvd. Katholischer Krankenhausverband Deutschlands e.V.

Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen e. V.

Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.

KRANKENHAUSGESELLSCHAFT SACHSEN
VERBAND DER KRANKENHAUSTRÄGER IM FREISTAAT SACHSEN

LANDESKRANKENHAUSGESELLSCHAFT THÜRINGEN e.V.

LKB LANDESKRANKENHAUSGESELLSCHAFT BRANDENBURG e.V.

Niedersächsische Krankenhausgesellschaft

SKG Saarländische Krankenhausgesellschaft e. V.

VERBAND DER UNIVERSITÄTSKLINIKA DEUTSCHLANDS

ZWST Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.

Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands e.V.

Deutscher Pflegerat e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

vlk Verband leitender Krankenhausärzte

Die Krankenhäuser und ihre Mitarbeiter schlagen Alarm – die Politik muss endlich handeln

Politik und Krankenkassen gefährden die flächendeckende Versorgung der Patienten. Wir rufen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und seine Kolleginnen und Kollegen in den Ländern auf, die tatsächliche Lage der Krankenhäuser endlich zur Kenntnis zu nehmen:

1. Die Mitarbeiter im Krankenhaus haben ihren Beruf gewählt, um Menschen medizinisch zu versorgen und pflegerisch zu betreuen. Jeden Tag geht in deutschen Krankenhäusern mehr als eine Million wertvolle Arbeitsstunden der Patientenversorgung an die Bürokratie verloren, weil die Kontrollwut der Krankenkassen und die Überregulierung von der Politik nicht gestoppt werden.

2. Die Mitarbeiter im Krankenhaus versorgen Notfälle und retten Leben rund um die Uhr, auch wenn es einmal eng wird. Die starren Personalvorgaben aus dem Bundesgesundheitsministerium nehmen in Kauf, dass Intensivkapazitäten eingeschränkt werden und Krankenhäuser zukünftig die Aufnahme von Schlaganfallpatienten zeitweise ablehnen müssen.

3. Die Mitarbeiter im Krankenhaus bemühen sich um korrekte und transparente Abrechnung der Patientenbehandlung in einem hochkomplexen und kaum überschaubaren System. Der MDK aber sucht im Auftrag der Krankenkassen und mit Rückendeckung der Politik nach den kleinsten Kürzungsmöglichkeiten und sanktioniert die Krankenhäuser mit Strafzahlungen. Die tatsächlich geleistete Patientenversorgung bleibt dabei völlig unberücksichtigt.

4. Die Mitarbeiter im Krankenhaus wollen mit hochwertiger Medizintechnik, Digitalisierung und moderner Infrastruktur eine optimale Patientenversorgung leisten. Die Bundesländer aber verweigern eine ausreichende Investitionsförderung und lassen damit Kliniken und Patienten im Stich.

5. Die Mitarbeiter der Krankenhäuser sind 24 Stunden in Bereitschaft und für ihre Patienten da. Politik und Krankenkassen ignorieren diese Daseinsvorsorge bei der Finanzierung der Krankenhäuser. Die wohnortnahe Notfallversorgung bricht dadurch gerade in den ländlichen Regionen weg.

Die Träger der Krankenhäuser übernehmen Verantwortung und sind bereit, eine geordnete Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft mitzugestalten. Die Politik muss sich ebenfalls ihrer Verantwortung stellen. Sie trägt die Verantwortung für eine gute und flächendeckende Krankenhausversorgung. Wir rufen den Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und die politisch Verantwortlichen in den Ländern dazu auf, mit uns gemeinsam im Rahmen eines Krankenhausgipfels den Dialog über die Zukunft der Krankenhausversorgung in Deutschland zu führen.